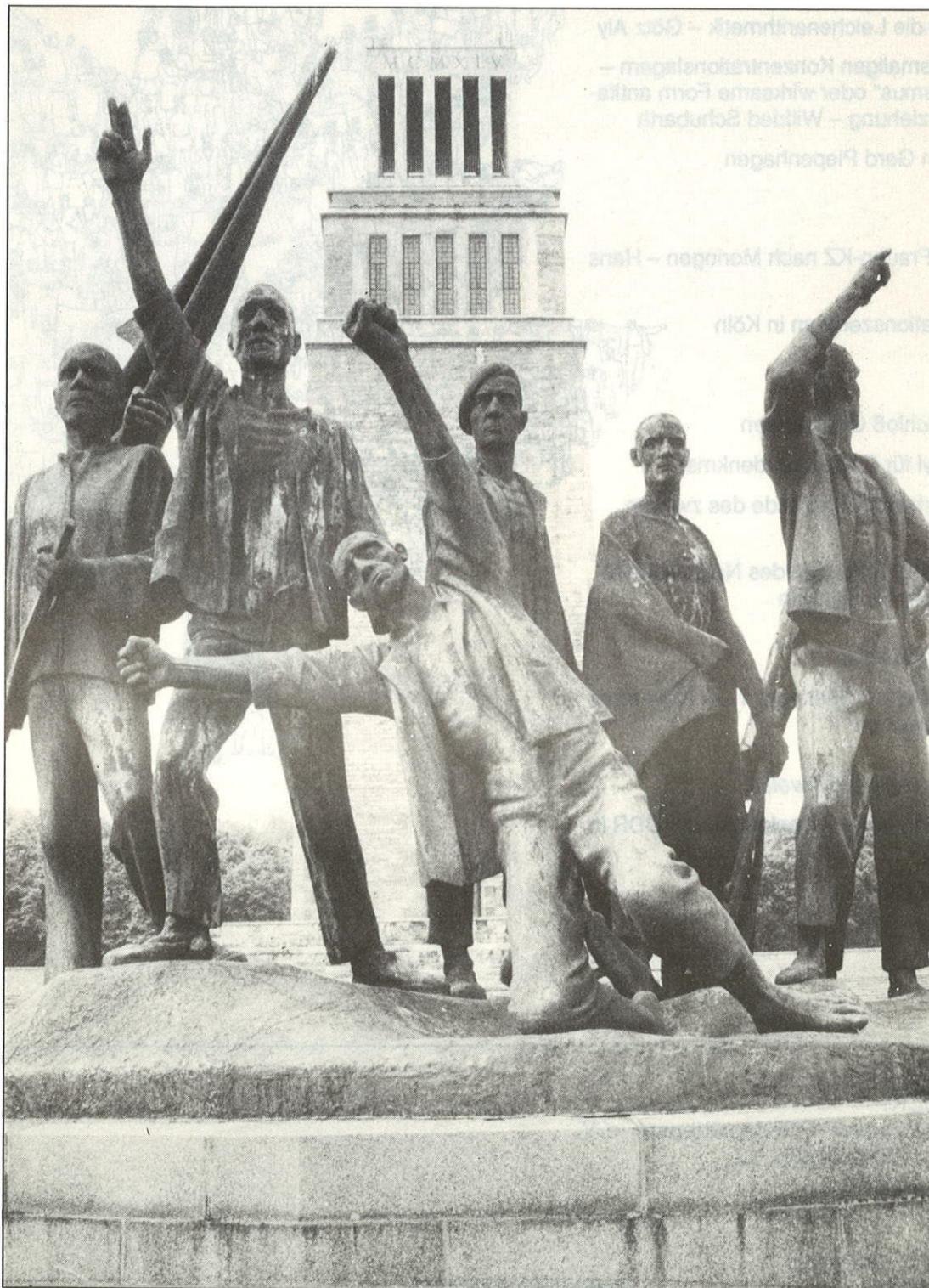


GEDENKSTÄTTEN-RUNDBRIEF

Nr 38 September 1990



Teilansicht des Mahnmales in der Gedenkstätte Buchenwald

AKTION SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE E.V.

Gedenkstätten-Rundbrief Nr. 38

Inhaltsverzeichnis

Zur Diskussion

Auschwitz und die Leichenarithmetik – Götz Aly

Besuche in ehemaligen Konzentrationslagern –
„Knochentourismus“ oder wirksame Form antifa-
schistischer Erziehung – Wilfried Schubarth

Mahnbilder von Gerd Piepenhagen

Berichte

Lichtenburg – Frauen-KZ nach Moringen – Hans
Maur

NS-Dokumentationszentrum in Köln

Infos, News

Gedenkhalle Schloß Oberhausen

Potsdamer Asyl für Deserteursdenkmal

Helsa - „Gastarbeiter“ während des zweiten
Weltkrieges

Berlin - Lager der Verfolgten des Nationalsozia-
lismus soll verbessert werden

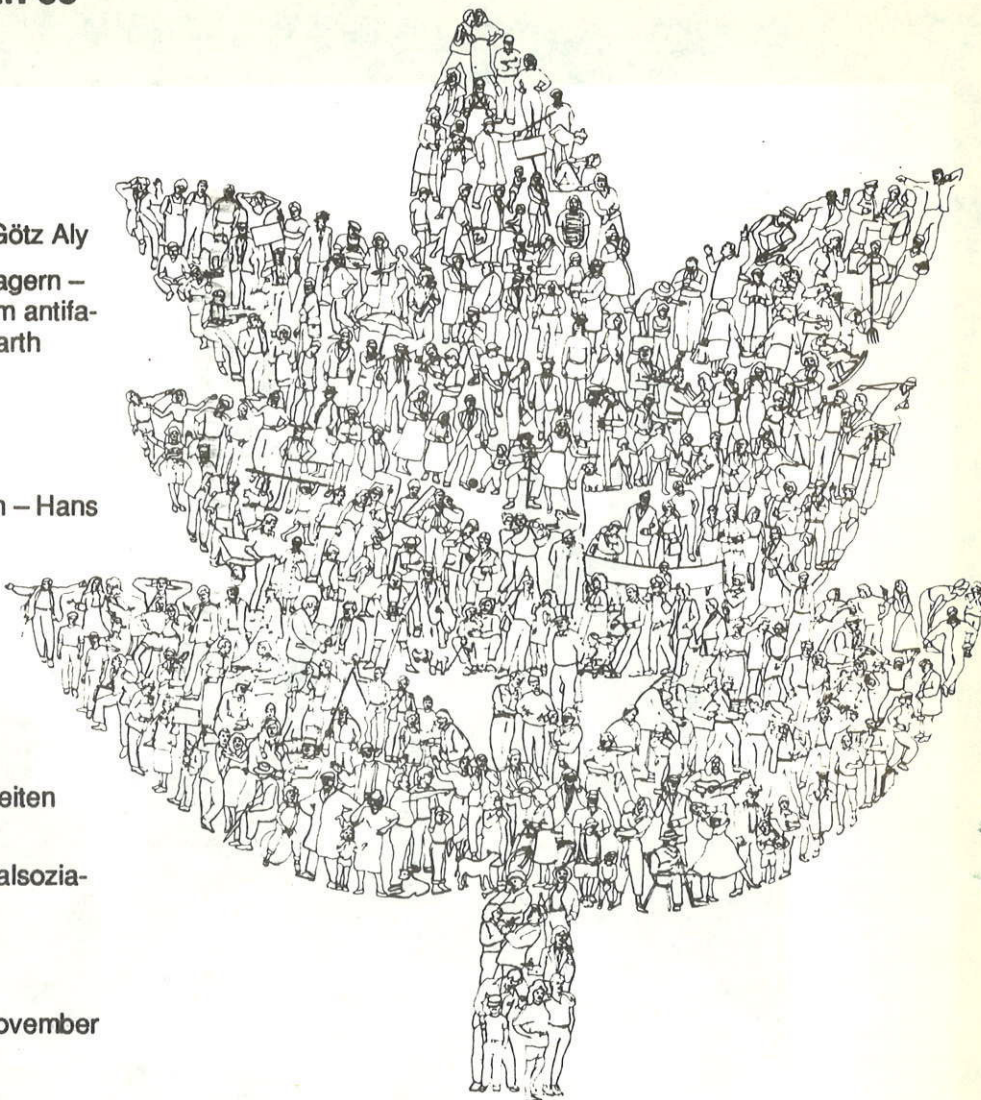
Veranstaltungshinweise

Für Gedenkstättenseminar vom 1.–4. November
in Hadamar anmelden

Ausstellungen, Literaturhinweise

Stützen der Erinnerung – Denkmäler der DDR in
Ost-Berlin

und Manches mehr



HERAUSGEBER:

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.

Jebensstr. 1, 1000 Berlin 12

Telefon: 030/310261

REDAKTION:

Thomas Lutz

GESTALTUNG, DRUCK

UND VERTRIEB:

Rainer Papp

ASF, Buch- und Mediendienst

3308 Königslutter-Beienrode

SPENDENKONTO:

ASF, Postgiro Berlin-West, 675-103

BLZ 10010010



Auschwitz und die Leichenarithmetik

Die Zahl der im Lager ermordeten Menschen ist weit geringer als bisher gesagt / Das ändert nichts an der Singularität des Ortes / Aber über Fakten muß gesprochen werden, um nicht den Geschichtsrevisionisten das Feld zu überlassen / Die jetzt veröffentlichten Zahlen sind seit Jahrzehnten bekannt

Von Götz Aly

Die Zahl der im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau ermordeten Menschen wurde kürzlich amtlich korrigiert: Nicht, wie bisher gesagt und am Ende der Rampe von Birkenau in Granit gemeißelt, vier Millionen, sondern etwa eineinhalb Millionen sind dort ermordet worden. Exakt nachweisen läßt sich der Tod 1,1 Millionen Menschen. Aber kein Gefühl der Erleichterung greift Platz.

Wozu diese Leichenarithmetik? Wozu, wenn doch klar ist, daß Auschwitz in der gesamten Geschichte der Menschheit seinesgleichen nicht hat? Was ändert sich an diesem Ort, wenn dort zweieinhalb Millionen Menschen weniger ermordet wurden als bisher behauptet? Nichts! Ändert sich wirklich nichts? Immerhin hat der Papst zweimal zweieinhalb Millionen Menschen zuviel seinen speziellen Segen erteilt, der frühere polnische Staatspräsident Josef Cyrankiewicz — selbst ein Überlebender des Lagers — zweieinhalb Millionen zuviel den höchsten Orden der Volksrepublik (posthum) verliehen.

An den absoluten Zahlen ändert sich nichts

Auschwitz ist zum Symbol geworden. Zum Symbol für den Mord an den europäischen Juden, an den Sinti und Roma, an polnischen Männern und Frauen. Auschwitz ist Symbol für das, wozu Deutsche fähig sind: Diskriminierung, Erfassung und Abschiebung; Rampe, Gaskammer, Vernichtung durch Arbeit, Folter. Nirgends wurden Menschen in so großer Zahl so erniedrigt wie dort. Nirgends sonst wurde jemals eine derart hemmungslose Verwertung der Lebendigen und der Toten betrieben: Barrenweise ging das aus ihren Zähnen herausgeschmolzene Gold an die Rechtsvorgängerin der Deutschen Bundesbank; ein ökologisches Pilotprojekt, eine Biogasanlage, war 1945 im Rohbau fertig, um den Fuhrpark der SS statt mit knappem Benzin mit einem Gas am Laufen zu halten, das aus den Exkrementen der Häftlinge gewonnen werden sollte.

Zweifelsfrei steht fest: Auschwitz, wie wir es aus den Dokumenten, Prozessen, den Berichten der Überlebenden kennen, das war grauenhaft, sprengt alle Möglichkeiten der Vorstellungskraft und der Darstellung.

Zweifelsfrei steht auch fest: Die absoluten Zahlen der von Deutschen im Zweiten Weltkrieg ermordeten Menschen ändern sich durch die Revision der Ziffern auf der Gedenktafel in Auschwitz-Birkenau nicht. Das gilt auch und besonders für die Gesamtzahl der ermordeten jüdischen Männer, Frauen und Kinder. Im übrigen: Je gründlicher in der historischen Forschung einzelne Komplexe aufgerollt werden, desto mehr Tote werden als Opfer einzelner deutscher Vernichtungsaktionen gezählt. Allerdings wird auch dabei weiterhin leichtfertig mit Zahlen hantiert: So kursiert seit einigen Jahren die Zahl „eine halbe Million“, wenn es um die Ermordung der Sinti und Roma geht; nachweisbar ist der Tod von etwa 277.000 Menschen. Ähnliches geschieht bei der Addition von Opfern der „Euthanasie“-Morde.

Es muß über die einzelnen Fakten gesprochen werden. Wo es notwendig ist, müssen sie geklärt werden. Auch dann, wenn sie Auschwitz betreffen. Es ist schlichtweg verantwortungslos, dieses Feld den Geschichtsrevisionisten, Neonazis, Unbelehrbaren und einer ganz neuen Sorte polnischer, baltischer und sowjetischer Opportunisten zu überlassen. (Die aus der DDR werden nicht lange auf sich warten lassen.) In der Sowjetunion ist es modern geworden, Hitler gegen Stalin in Schutz zu nehmen; Ernst Nolte braucht für vergleichende Relativierung deutscher Verbrechen nur auf die nächsten Enthüllungen in der 'Moskau News' zu warten; ein polnischer Student, der in der Gedenkstätte Auschwitz gearbeitet haben will, kann in der 'New York City Tribune' als angeblicher Insider

schreiben: „Geschichten von Auschwitz zu erzählen, bedeutet: Resultate zu erzielen... beispielsweise ein 25-Cents-Trinkgeld.“ Unter den Angestellten der Gedenkstätte würde gewettet, wann oder ob bestimmte Dokumente, die der offiziellen Lagergeschichte widersprechen, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Eines dieser Dokumente ist eine genau datierte amerikanische Luftaufnahme des Lagers aus dem Jahr 1944, die belegen soll, daß an einem Tag, an dem besonders viele Menschen ermordet wurden, keines der Krematorien rauchte. Ein anderes angebliches Beweismittel ist ein 200 Seiten starker Gutachten des Amerikaners Fred

A. Leuchter, der an Hand chemischer Analysen von Mörtelproben aus den Resten der Gaskammern von Auschwitz und Majdanek bestreitet, daß dieses Gemäuer jemals mit dem Blausäuregas Zyklon B in Berührung kam.

Die speziell engagierte Presse der Bundesrepublik betitelt diesen Herrn als „US-Hinrichtungs-Gaskammerexperten“. Sie stützt sich auf den britischen Historiker David Irving, der dem bundesdeutschen Fernsehprofessor Eberhard Jäckel schon einmal eine empfindliche Niederlage beibrachte, als er die von Jäckel für echt erachteten sogenannten Hitler-Tagebücher sofort als Fälschung zurückwies. Das rechte Pressespektrum gibt sich differenziert und schon beinahe seriös. Nur privat ist vom Kampf gegen „Holocaustdogmatiker“, „Geschichtsverdreher“ die Rede. Eine Schlagzeile „Die Lüge von 4 Millionen Auschwitz-Toten“ verträgt sich heutzutage locker mit deutsch-national vereinnahmten „Frühlings- und Liebesliedern von Mendelssohn-Bartholdy“ und einem durchaus respektvollen Beitrag „Zum Tode von Dr. Bruno Kreisky“.

Die Revisionisten verzeichnen Erfolge. Das Bundespräsidialamt schrieb ihnen zum Thema „Leuchter-Report“: „In der Sache selbst kann der Herr Bundespräsident nichts sagen. Sie widerspricht allen bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Der Herr Bundespräsident wird jedoch die Diskussion hierüber sehr aufmerksam verfolgen“ (23.10.1989). Das Bundesjustizministerium ist der Meinung, „daß es sich bei dem eigentlichen ‚Leuchter-Report‘ um eine wissenschaftliche Untersuchung handelt“ (13.3.1990).

Anekdoten erzählen als „Zeitzeugenschaft“

Die Erfolge der Geschichtsrevisionisten erklären sich aber auch dadurch, daß sich deutsche HistorikerInnen um zentrale Fragen der Zeitgeschichte drücken, daß sie beispielsweise zu Auschwitz nicht ein einziges wichtiges Buch geschrieben haben, kein Standardwerk zur Judenverfolgung geschaffen haben. Viele verlieren sich in Details oder lassen — entsprechend einer neueren Mode — Fakten ganz beiseite. Die Geschichtsrevisionisten stützen sich auch auf den Verfall historiographischer Methoden,

der inzwischen soweit gediehen ist, daß jedes Anekdotchen erzählen seniler Herrschaften mir nichts dir nichts zur „Zeitzeugenschaft“ geadelt werden kann. Ganz entscheidend aber stützen sich diese Erfolge auf eine sich selbst als „kritisch“ verstehende deutsche Öffentlichkeit, die unfähig ist, den Nationalsozialismus mit samt den Konsequenzen zu diskutieren, sondern dieses geschichtliche Ereignis als Monstranz vorsich herträgt. Es als politisierte Ersatzreligion benutzt — zur Demonstration eigener Grundüberzeugung und zum Beweis dafür, daß man selbst auf die bessere Seite der Menschheit abonniert sei. Wie könnte man es wagen, diese heilige Handlung ausgerechnet mit Fakten zu stören, noch dazu mit nackten Zahlen. „So geht“ nämlich, schrieb uns ein aufgebracht Leser, das „Gespür für die Opfer verloren“.

Franciszek Piper, Direktor der historischen Abteilung in der Gedenkstätte Auschwitz, gab vor gut vier Wochen in einem Interview mit der polnischen Zeitung 'Gazeta Wyborcza' bekannt, in Auschwitz seien mit Sicherheit 960.000 Juden ermordet worden, 70.000 Polen, 21.000 Sinti und Roma, 15.000 sowjetische Kriegsgefangene. „Es handelt sich dabei“, so Piper weiter, „um Mindestzahlen, die auf den Häftlingslisten, den Briefwechseln im Zusammenhang mit den Transporten und Statistiken über die Ghettos in vielen Ländern Europas beruhen.“ Die endgültigen Ergebnisse seiner Untersuchung würden Anfang 1991 gemeinsam von der Gedenkstätte Auschwitz und dem historischen Institut der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem bekanntgegeben. Der israelische Historiker Yehuda Bauer warnte bereits im letzten Jahr vor den überhöhten Zahlen und erklärte im letzten September in der 'Jerusalem Post': „Rund 1,6 Millionen Menschen verschiedener Nationalitäten wurden in dem Lagerkomplex Auschwitz ermordet. Schätzungsweise 1,35 Millionen von ihnen waren Juden...“ Flankiert wurde Pipers Schritt auch durch eine verdienstvolle Untersuchung des Münchner Instituts für Zeitgeschichte. Erstellt von Angelika Schardt, geleitet von Wolfgang Benz, der demnächst Direktor des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung wird. In Polen stützte sich Piper zur Absicherung seines



Auschwitz und die Leichenarithmetik – Götz Aly

Schrittes in die Öffentlichkeit auf eine Historikerkommission, die die polnische Kulturministerin Cywinska vor einem Jahr eingesetzt hatte, und der ein so international renommierter Sozialhistoriker wie Waclaw Dlugoborski angehört. Die Veröffentlichung der neuen – und wie gleich gezeigt werden wird – alten Zahlen, hat einen kleinen Schönheitsfehler: Es ist der antisowjetische Zungenschlag, mit dem behauptet wird, da die Russen bis heute noch nicht alle Dokumente über das Lager (und erst vor zwei Jahren einige Sterbebücher) herausgegeben hätten, könne man erst jetzt die richtigen Zahlen ermitteln. Das ist unredlich. Dem jetzigen Schritt in die Öffentlichkeit war ein mehrjähriges Tauziehen vorangegangen.

Das Interview Pipers fiel fast auf den Tag genau mit dem Rücktritt des langjährigen „kommunistischen“ Direktors der Gedenkstätte, Kazimierz Smolen, zusammen. Er hatte sich tatsächlich bis zuletzt geweigert, die korrigierten Zahlen zu veröffentlichen. Was immer die Motive und Zwänge Smolens gewesen sein mögen (den Abgang, den man ihm jetzt bereitet hat, verdient er in keinem Fall), kommt doch gerade ihm das Verdienst zu, die „neuen“ Zahlen vor Jahr und Tag veröffentlicht zu haben, wenn auch in etwas kryptischer Form. In den von Smolen herausgegebenen 'Heften von Auschwitz' publizierte die Historikerin Danuta Czech in den Jahren 1959 bis 1963 das *Kalendarium von Auschwitz* (seit 1989 bei Rowohlt). Akribisch rekonstruierte sie den Ablauf der einzelnen Tage des über vier Jahre lang bestehenden Lagers, die Zahl der Neuzugänge, der Judentransporte des Reichssicherheitshauptamtes und der Toten. Auch wenn man Czech in Detailfragen Nachlässigkeiten vorgeworfen hat und sie es versäumte, das *Kalendarium* immer wieder auf den neuesten Stand zu bringen, so ergibt sich die jetzt für amtlich erklärte Zahl im Prinzip aus ihrer Arbeit. Dokumente aus sowjetischen Archiven benötigte Czech für dieses Grundlagenwerk nicht. Die jetzt veröffentlichten Zahlen sind nicht das Ergebnis neuerer Forschungen, schon gar nicht solcher von Piper. Sie stimmen annähernd mit frühen Schätzungen überein, etwa denen von Gerald Reitlinger (1953), Raul Hilberg (1961) und den Angaben, die Martin Broszat als Gutachter im Frankfurter Auschwitzprozeß machte (1965). Sie gingen alle davon aus, daß etwa 1,1 Millionen Juden ermordet wurden.

Am gründlichsten – und, nebenbei gesagt, mit dem Ziel, französischen Rechtsradikalen das Wasser abzugraben – setzte sich der Historiker Georges Wellers mit dem Zahlenproblem auseinander. Unter dem Ti-

tel *Essai de détermination du nombre de morts au camp d'Auschwitz* veröffentlichte er 1983 in der 'Monde Juif' eine genau fundierte Hochrechnung. Seine wesentliche Grundlage bildeten die Vorarbeiten von Czech. Als besondere Schwierigkeiten führt Wellers an, die prinzipielle Geheimhaltung und Tarnung des Mordes an den europäischen Juden durch die SS und die Schwierigkeit, die Deportationsziffern zu rekonstruieren. Ziel seiner Untersuchung war es, die Minimalzahl der Ermordeten zu ermitteln. Sie ist notwendigerweise niedriger als die tatsächliche Zahl, aber nicht wesentlich niedriger. Im Ergebnis seiner Hochrechnung kam Wellers auf 1.470.000 ermordete Menschen in Auschwitz.

Die Abweichungen zwischen den einzelnen Schätzungen von Hilberg, Wellers, Bauer oder Piper ergeben sich in aller Regel aus der Schwierigkeit, die sehr hohe Zahl der nach Auschwitz deportierten ungarischen Juden genau festzulegen und sie gegen die Zahl der dort wirklich ermordeten ungarischen Juden abzugrenzen. Auschwitz war im Jahr 1944 nämlich nicht nur das größte deutsche Vernichtungslager, es war zugleich ein riesiges Zwangsarbeitslager und eine Drehscheibe zur Umverteilung jüdischer Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in andere Lager. Daher die relativ hohe Zahl derer, die damals äußerst kurze Zeit Häftlinge in Auschwitz waren und den Völkermord als Arbeitsklaven in anderen Lagern überlebten. (Aus dieser Perspektive berichtete auch Lili Segal in ihrem Leserbrief vom 26. 7.) Insgesamt überlebten nach der Mitteilung Pipers 223.000 Menschen das Lager, bislang ging man von 65.000 aus.

Aber kaum daß Piper „im Namen der historischen Wahrheit die Zahl der Opfer verringert“, beginnt sich eine neue Unwahrheit einzuschleichen. Der polnische Publizist Ernest Skalski propagierte sie im 'Spiegel' so: Der Irrtum „war auch das Werk anderer Mörder, die daran ein Interesse hatten, die Schuld ihrer Konkurrenten auf dem Gebiet des Völkermordes noch grausiger darzustellen, als sie tatsächlich war.“ Gemeint ist zweifelsohne die stalinistische Sowjetunion. Skalskis Verdächtigung, steht in offenkundigem Widerspruch zu der Tatsache, daß die zahlreichen Berichte sowjetischer Kommissionen über deutsche Kriegsverbrechen, äußerst sorgfältig und genau ausgearbeitet sind. Da eine solche Verdächtigung aber im Trend liegt, hat sie gute Chancen, zur Legende zu werden. Es lohnt sich daher ein zweiter Blick in die Arbeit von Wellers, der sich auch damit auseinandersetzt, wie es zu den übertriebenen hohen Zahlen kam:

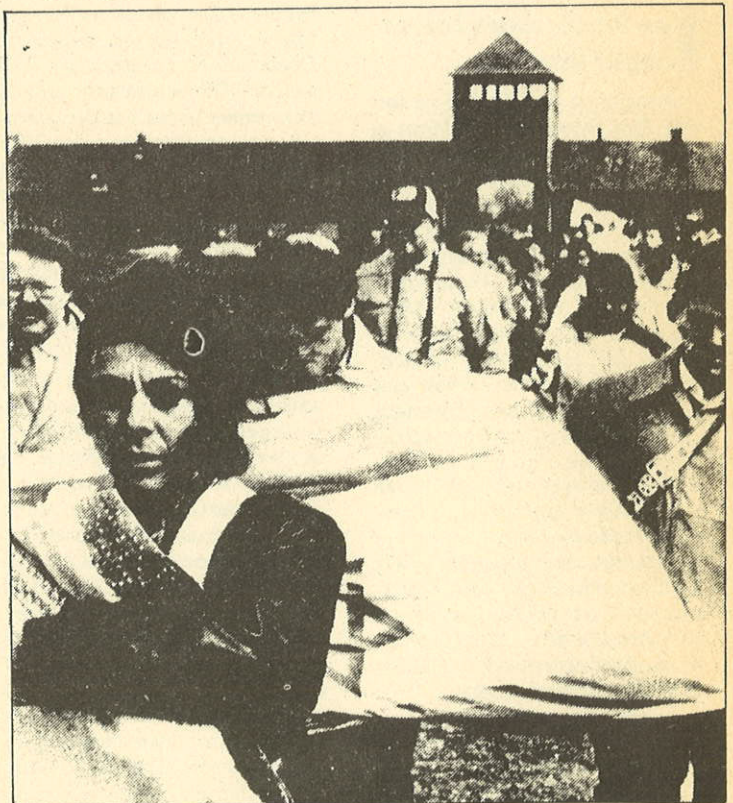
1945 ging ein offizieller Bericht

des französischen *Office de Recherches des Crimes de Guerre* davon aus, daß die Zahl von acht Millionen Toten in Auschwitz als „keinesfalls übertrieben“ erscheine. Drei Überlebende, jüdische Häftlinge, hatten 1945 in Frankreich Zeugenaussagen über Auschwitz gemacht: Der eine bezogte sieben Millionen Tote, der andere sprach von vier bis viereinhalb Millionen Verschwundenen, der dritte von vier Millionen. Diese Zahl bestätigte auch der Überlebende Heinrich Tauber im Prozeß gegen Rudolf Höß vor dem Obersten Volksgerichtshof in Warschau. Tauber war einer der wenigen Überlebenden des Sonderkommandos, das die Leichen verbrennen mußte. Ihm traute man besonders exakte Angaben zu. Höß sprach zunächst von drei Millionen Toten, später von eineinhalb Millionen. Die Anklageschrift warf ihm die Verantwortung für den Tod von 4.312.000 Menschen vor, zum Tode verurteilt wurde er wegen der Mitverantwortung für den Tod von 2.812.000 Menschen. In der Urteilsbegründung schrieb die Richter des Obersten (polnischen) Nationalgerichtshofes: „Die Zahl von 2,5 Millionen Opfern des Konzentrationslagers Auschwitz ist zweifelsohne als erwiesen anzusehen. Es ist die Mindestzahl der Opfer. Denn unter Berücksichtigung der Aussagen von Zeugen und des Sachverständigen, Ingenieur Dawidowski, sowie unter Berücksichtigung der Erhebungen der Außerordentlichen Sowjetischen Regierungskommission könnte eine

Höhe von drei bis vier Millionen Opfern mit aller Wahrscheinlichkeit nachgewiesen werden.“

Irrtum und Traumader Überlebenden

Die weit überhöhten Zahlenangaben über die in Auschwitz ermordeten Menschen sind nicht das Werk stalinistischer Propagandaleute, sondern Teil der entsetzlichen Realität des Lagers. Insofern sind sie weder „erfunden“ noch „gelogen“. Sie sind, wie Wellers schreibt, „dem Trauma geschuldet, dem Schock unter dem die Überlebenden während der ersten Jahre nach dem Krieg, nach dem Ende ihres Alptraums stehen mußten“. Und in gewisser Weise beschreiben die überhöhten Zahlen sehr realistisch die Perspektive, die die Rassen- und Bevölkerungspolitiker des damaligen Deutschland noch im Sinn hatten: Als Auschwitz am 27. Januar 1945 von sowjetischen Infantristen befreit wurde, fanden sich Pläne, die zeigten, daß das Lager erst ein Drittel seiner vorgesehenen Größe erreicht hatte. Der Stadtbaumeister der „deutschen Stadt Auschwitz“, Hans Stosberg (später der erfolgreiche und hochgeehrte Schöpfer des modernen Hannover), ging 1943 davon aus, daß das Lager noch mindestens zehn bis zwanzig Jahre „Bestandteil der Region“ bleiben würde. Und als Josef Mengele 1944 gefragt wurde, „wann hört all diese Vernichtung einmal auf?“ antwortete er: „Es geht immer weiter, immer weiter!“



Marsch der Überlebenden/Auschwitz April 1988

K. Wójcik



Besuche im ehemaligen Konzentrationslager – „Knochentourismus“ oder wirksame Form antifaschistischer Erziehung

Ergebnisse einer empirischen Untersuchung unter jugendlichen Besuchern der Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald

Antifaschismus und antifaschistische Erziehung waren in den 40 Jahren DDR eine der zentralen Staatsdoktrinen. Daß sie wesentlich von stalinistischen Strukturen geprägt war und diese rechtfertigte, ist vielen von uns erst in jüngster Zeit bewußt geworden. Diese Überlagerung bzw. Verdrängung durch den Stalinismus hat der antifaschistischen Arbeit in der DDR schweren Schaden zugefügt. Wie instabil ein „verordneter Antifaschismus“ und ein „verordnetes Geschichtsbild“ sind, zeigt sich gegenwärtig mit aller Deutlichkeit.

Die stalinistische Prägung der bisherigen antifaschistischen Erziehung äußert sich u.a. in der Auffassung, daß durch Belehrungen über Wesen oder Greueltaten des Faschismus praktisch automatisch antifaschistische Haltung entstehen würden. Sich von solchen Vereinfachungen zu lösen und Entstehungsbedingungen anti- bzw. profaschistischer Denk- und Verhaltensweisen aufzudecken, ist ein dringendes Gebot der Stunde. Das schließt auch ein, die Wirksamkeit bisheriger Formen antifaschistischer Bildung und Erziehung mittels soziologischer Methoden kritisch zu prüfen und Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit abzuleiten.

Die nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald wandte sich bereits vor der „Wende“ mit dem Vorschlag an das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig, eine empirische Wirkungsanalyse unter jugendlichen Besuchern zu erstellen. Die dazu nötige Befragung wurde im Herbst 1989 unter rund 350 Schülern achter Klassen aus Erfurt, Weimar und Leipzig durchgeführt, wobei die Schüler drei Mal befragt wurden – unmittelbar vor der Besichtigung der Gedenkstätte, unmittelbar danach sowie rund einen Monat später. Grundlegende Ergebnisse der Untersuchung sollen im Folgenden kurz dargestellt werden.

1. Hohe Erwartungen an den Besuch

Die übergroße Mehrheit der Schüler knüpft an ihren Besuch im ehemaligen KZ hohe Erwartungen, vor allem was einen konkreten Informationsgewinn betrifft:

„Ich möchte wissen, wie die Häftlinge gefangen

und gequält worden sind. Mich interessiert auch, wie sie gelebt haben,..., ob es KZ's für weibliche und männliche Häftlinge getrennt gab und wie



Hauptgebäude (vom Appellplatz aus gesehen)

viele in einer kleinen Baracke aushalten mußten. Was sie zu essen bekamen und wie lange sie die Kleidung tragen mußten.“ Diese hohen Erwartungen verwundern nicht, zieht man das starke Interesse Jugendlicher an der Zeit des Faschismus in Betracht: ca. zwei Drittel der Schüler interessieren sich stark bzw. sehr stark dafür. Warum folgten so viele Leute Hitler? Wie kam es zum zweiten Weltkrieg? Wie war das Leben im KZ? – solche und ähnliche Fragen bewegen die Jugendlichen. Auch wenn dieser Zeitabschnitt im Geschichtsunterricht noch nicht behandelt wurde, haben Schüler der 8. Klasse doch schon einiges über den Faschismus und die KZ's erfahren, sei es im Elternhaus oder Freundeskreis, über die Medien oder aus speziellen Büchern. Annähernd jeder Zweite fühlt sich über faschistische Konzentrationslager gut informiert, viele haben bereits vor dieser Exkursion in der 8. Klasse eine Gedenkstätte besucht.

2. Überwiegend positive Resonanz

Die hohen Erwartungen, mit denen die Schüler nach Buchenwald kommen, werden weitgehend erfüllt. Das gilt insbesondere für den von ihnen erwarteten Informationsgewinn über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge, ihren Widerstandskampf, über den Terror der Faschisten und über die Befreiung des KZ.



Der Besuch in Buchenwald hinterläßt bei den Schülern tiefe Eindrücke. Rund 90% von ihnen sind sowohl vom Dokumentarfilm über das KZ als auch von der Besichtigung des ehemaligen Lagers und des Museums stark beeindruckt. Mädchen fühlen sich dabei stärker angesprochen als Jungen; ebenso hinterläßt der Besuch bei geschichtsinteressierten Schülern stärkere Wirkungen als bei Geschichtsuninteressierten. Der Dokumentarfilm und das Museum finden allerdings auch bei den letztgenannten großen Anklang, weil beides wohl am ehesten ihren sonstigen Rezeptionsgewohnheiten entspricht. Auch vier Wochen später wird der Besuch in der Gedenkstätte von der übergroßen Mehrheit der Schüler positiv eingeschätzt, der Erkenntniszuwachs betont. Typisch sind Äußerungen wie „Der Faschismus ist grausamer als ich gedacht habe.“ „Jetzt wird mir richtig bewußt, wie schlimm das damals war.“ „Ich begreife erst jetzt richtig, warum diese Zeit nie wiederkehren darf.“ Der Besuch vermittelt auch viele Impulse für die weitere Auseinandersetzung mit der Zeit des Faschismus. Zwei Drittel der befragten Schüler wollen Buchenwald später noch einmal besuchen. Die Tatsache allerdings, daß die Exkursion nach Buchenwald für 13% eine unbeschwerte Klassenfahrt war, deutet auf Probleme hin.

Differenzierte Wirkungen in emotionaler und kognitiver Hinsicht

Die Besichtigung der Mahn- und Gedenkstätte hat bei den meisten Schülern Gefühle der Betroffenheit, Fassungslosigkeit und des Entsetzens ausgelöst, bei einigen auch Ängste und Ohnmachtsgefühle gegenüber der drohenden Gefahr des Neofaschismus. Nur eine kleine Minderheit wurde durch den Besuch emotional nicht angesprochen. Nach etwa vier Wochen hat die Intensität der emotionalen Wirkung allerdings deutlich nachgelassen.

Der Nutzen des Besuches der Gedenkstätte in kognitiver Hinsicht wird von den Schülern hoch bewertet. Weit über die Hälfte von ihnen geben noch vier Wochen danach an, daß der Besuch ihr Wissen über den Faschismus vertieft hat; bei rund drei Viertel wurde die Erkenntnis gefestigt, daß die Zeit des Faschismus niemals vergessen werden darf. Trotz des hohen Informationszuwachses bestehen auch nach dem Besuch noch etliche Kenntnisdefizite, vor allem zu psychologischen Fragen des Lageraufenthaltes. So ist für viele Schüler nach wie vor unbegreiflich, wie die Häftlinge mit ihrer Situation zurecht kamen.

Begrenzte Wirkungsmöglichkeiten

Der Gedenkstättenbesuch allein kann keine Veränderungen der Einstellung gegenüber der Zeit des Faschismus bewirken, die Auffassungen der Schüler zum Wesen des Faschismus bleiben im wesentlichen unverändert. Auch die Wirkungen des Besuches auf die Interessenentwicklung ist begrenzt.

Der Wert des Besuches ist für Jugendliche, die an Geschichte interessiert und der Zeit des Faschismus gegenüber aufgeschlossen sind, am größten. Dagegen sind bei desinteressierten Schülern nur geringe positive Wirkungen nachweisbar, z.T. gibt es auch gegenteilige Effekte.

Probleme, auf die Untersuchung aufmerksam macht

– Instabilität antifaschistischer Haltung

Die übergroße Mehrheit der Schüler verfügt über eine antifaschistische Grundhaltung, sie haben den Wert Antifaschismus jedoch zu wenig verinnerlicht. Ein tendenzieller Rückgang antifaschistischer Einstellungen und der schleichende Anstieg des Akzeptanzpotentials für faschistische Ideologiefragmente im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Umbruch seit Herbst 1989 wirft die Frage auf, wie stabil antifaschistische Haltungen sind und worauf sie beruhen.

– mangelnde Sensibilität und Betroffenheit

Bei einem Teil der Schüler sind Erscheinungen von mangelnder Sensibilität und Betroffenheit oder gar Abstumpfungen und Verrohung festzustellen. Die Zeit des Faschismus hat diesen Schülern nichts mehr zu sagen, sie können nichts empfinden, wenn sie an diese Zeit denken (15-20%). Selbst durch den Besuch in Buchenwald wurden ihre Gefühle kaum angesprochen („Ich konnte nichts empfinden.“ „Ich finde es bedauerlich, daß ich gegen solche Grausamkeiten schon so extrem abgehärtet bin.“)

– Verharmlosung der Zeit des Faschismus

Für eine Minderheit hatte der Faschismus auch seine guten Seiten (10-15%) oder er war im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde (5-10%). Ein solches Faschismusbild, das die faschistischen Verbrechen relativiert oder verharmlost, bildet einen fruchtbaren Boden für neofaschistische Einstellungen.

– Orientierung an action und Gewalt

Etliche Schüler, vor allem Jungen, kommen mit der Erwartung nach Buchenwald, wirklich alles gezeigt zu bekommen, einschließlich der



Besuche in ehemaligen Konzentrationslagern – „Knochentourismus“ oder wirksame Form antifaschistischer Erziehung Wilfried Schubarth

Demonstration von Folterwerkzeugen („Falls die Genickschußanlage funktioniert, würde ich sie mir mal ansehen.“ „Vor allem möchte ich mehr über die Gaskammern „unterrichtet“ werden.“) Für sie scheint ein ehemaliges KZ mehr der Ort eines Spektakels zu sein, ähnlich wie ein Horrorfilm.

– Heroisierung bzw. Dämonisierung der Opfer bzw. Täter

Die Häftlinge erscheinen den Schülern oftmals als unerreichbare Helden und idealisierte Menschen, die Identifikation mit ihnen ist erschwert. Daß sowohl der Widerstandskampf als auch die Grausamkeiten der Faschisten von „ganz normalen Menschen“ ausgingen, ist schwer faßbar.

– Probleme, den Besuch zu verarbeiten

Menge, Vielfalt und Intensität der Eindrücke führen bei den Schülern zu einem Gefühlsstau, den sie auf sehr unterschiedliche Weise bewältigen („Mit 14 kann ich es schlecht verkraften.“ „Entweder brechen oder lachen.“ „Ich kann gar nicht fassen, wie man so hart im Herzen sein kann.“) Ein gesteigertes Mitteilungsbedürfnis, aber auch Verslossenheit oder Verdrängungsversuche sind mögliche Reaktionen.

6. Ausblick

Als Ort der politische-historischen Bildung wird die Gedenkstätte ihrer Funktion weitgehend gerecht. Anzustreben ist jedoch, auch stärker ein Ort der Trauer und sozialen Sensibilisierung zu werden. Dabei könnten geeignete Bezüge zur Gegenwart, zu Erscheinungen von Ausgrenzung, physischer und psychischer Gewalt u.ä. hergestellt werden. Zu schärfen ist insbesondere der Blick dafür, unter welchen Bedingungen normale Menschen zu Unmenschen werden können und wie unterschiedlich sich Menschen in Extremsituationen verhalten.

Die geistige Auseinandersetzung mit dem Faschismus sollte nach dem Besuch nicht abgeschlossen sein. Es kommt vielmehr darauf an, von einem „Katalysator für Emotionen“ zum Denken und Handeln zu kommen, von Reflexen zur Reflexion, von naiver zu überlegter Identifikation.

Die Möglichkeiten der Gedenkstätten dafür sind noch längst nicht ausgeschöpft (Authentizität, Visualisierung, Individualisierung, Psychologisierung usw.). Auch neuere Formen des Umganges mit Geschichte wie Spurensuche, Geschichtswerkstätten u.ä. kommen den veränderten Bedürfnissen Jugendlicher entgegen (fast jeder zweite würde sich gern selbständig in



Häftlingsgruppe. Plastik von Fritz Cremer

Archiven oder Bibliotheken mit Fragen des Faschismus beschäftigen).

Zugleich bedarf es in der gesamten Gesellschaft der Entwicklung eines Klimas von Toleranz, Achtung der Menschenwürde und praktiziertem Antifaschismus; eines Klimas, das die ehrliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit fördert, Mut zur Trauer und zum Gedenken einschließt und das sensibel macht für Leid und Mitleid mit Menschen, die durch Schuld unserer Vorfahren gelitten haben. Dabei haben Mahn- und Gedenkstätten als immanenter Bestandteil der geistig-politischen Kultur einer Gesellschaft ihren festen Platz.



Mitglieder der „Aktion Sühnezeichen“ beim Arbeitseinsatz in der Gedenkstätte

Dr. Wilfried Schubarth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig (Stallbaumstraße 9, 7022 Leipzig).



Mahnbilder

Gerd Piepenhagen wurde kurz vor dem Ende des 2. Weltkrieges – im Januar 1945 – in Arnshagen geboren. Nach seiner Schulzeit studierte er Freie Malerei und Freie Grafik an der Werkkunstschule Hannover. War von 1968 bis 1974 Kunstlehrer an der Realschule Hoya/Syke, studierte von 1974 bis 1978 an der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen, Abteilung Hannover. Danach verzichtet er auf den Wiedereintritt in den Schuldienst und widmete sich ganz seinem Hauptberuf, der Freien Malerei. Schon zu diesem Zeitpunkt beginnt Piepenhagen vermehrt, über ein Grundphänomen menschlicher Gesellschaften zu forschen und nachzudenken: woher denn eigentlich kommt der Trend zur Gewalt, woher der Wunsch, ja, die unwiderstehliche Gier des Menschen, Macht über andere zu besitzen, und wie kann es sein, daß im Gefolge von Machtausübung auch immer wieder Machtmißbrauch, Unterdrückung und Vernichtung stehen? Die Geschichte des Menschen – eigentlich eine lange endlose Geschichte der Gewalt? Ein Szenario von Golgatha bis Hiroshima, von Auschwitz bis Vietnam?

Mit der Sichtung der Ereignisse wächst die Betroffenheit. Es erscheint unmöglich, sich angesichts von Unterdrückung und Terror, Folter und Tod unbetätigt zu verhalten.

Vor nun mehr als zwölf Jahren richtet sich Piepenhagen darauf ein, nie mehr unbefangen sein zu können. Er muß einfach Stellung beziehen, er muß mit seinen Aussagemöglichkeiten über Gewalt aufklären, ihre entsetzlichen Folgen zeigen, gegen Gewalt protestieren.

Die Arbeiten, die nun entstehen, sind dunkel und schwarz. Exemplarisch vorgeführt werden Stationen, in denen Gewalt gegen Menschen exzessive Züge angenommen hat. Entsetzliche Stationen der jüngsten deutschen Geschichte kommen da ins Bild: Auschwitz und Bergen-Belsen, Hadamar, das Warschauer Ghetto. Die furchtbaren Täter und ihre Opfer können besichtigt werden.

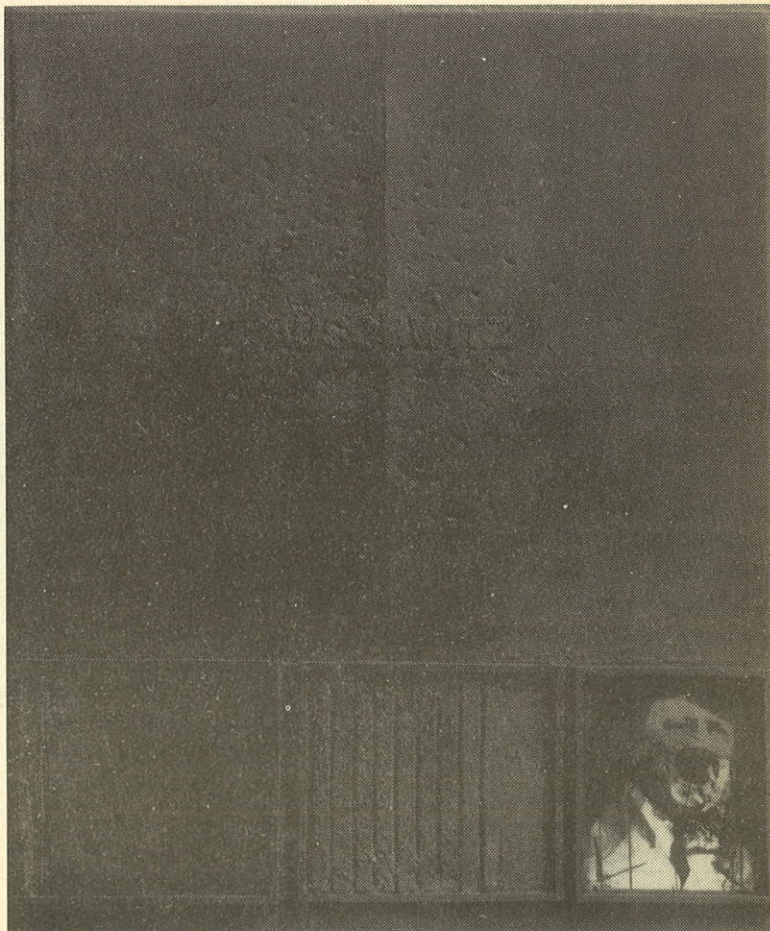
Eben dies will Piepenhagen mit verhindern helfen, auch wenn die gerade gewonnenen Erkenntnisse über die Greueltaten der Ceaucescu-Clique und ihrer fürchterlichen Sicherheitspolizei, die Hinrichtungszahlen des südafrikanischen Apartheid-Systems eher wenig Hoffnung machen können.

Piepenhagens Bilder wollen Denkanstöße geben; Unterdrückung und Gewalt, Folter und Mord in der Welt nicht (noch) länger hinzunehmen. Gewiß, es sind nur stille Schreie in einer Welt, in der die Gewalt überall und permanent darauf

wartet, losbrechen zu können, und die über Millionen verhängte Hungerfolter zeigt nur zu deutlich, wie weit diese Menschheit tatsächlich von Ächtung der Gewalt gegen Menschen entfernt ist.

Die Bilder von Piepenhagen sind nicht nur Arbeiten von hohem Rang, sie sind auch, oder vor allem, politische Bilder, und dies im besten Sinne: sie halten uns einen schwarzen Spiegel vor und fragen uns sehr nachdrücklich nach unserer Einstellung und Haltung, und sie wollen uns auffordern, ein womöglich erkanntes und eingestandenes Stück eigener Schuld jetzt und in Zukunft aufzuarbeiten, damit nicht nur die Exzesse der Gewalt aus dem Leben aller Menschen verschwinden können, sondern damit jede Form von Gewalt über Menschen keinen Platz mehr hat auf diesem Globus. (Os.)

Die Ausstellung wurde in bereits in verschiedenen Städten gezeigt, u.a. Braunschweig, Oberhausen, Düsseldorf. Zur Kontaktaufnahme oder weiteren Diskussion bitte wenden an: Renate Hartmann, Alte Aue 4, 3016 Seelze 2, 0511-404994.



Lichtenburg – Frauen-KZ nach Moringen

Die Lichtenburg, 1575 bis 1581 als Renaissance-Schloß und gleichzeitiger Witwensitz sächsischer Kurfürstinnen erbaut, war unter Napoleons Fremdherrschaft in ein Zuchthaus umgewandelt worden. 1928 mußte die Haftanstalt wegen Baufälligkeit geschlossen werden. Dessen ungeachtet richteten die Hitlerfaschisten im Juni 1933 in der „Lichte“ eines ihrer frühen Konzentrationslager ein.

Es bestand bis August 1937 zunächst als Männerlager. Mit dessen Auflösung wurden die Insassen zumeist in das im Entstehen begriffene größere KZ Buchenwald bei Weimar gebracht. Bereits vor der Schließung des Männerlagers stand für die Machthaber des „Dritten Reiches“ fest, in der Lichtenburg ein neues Konzentrationslager aufzubauen – diesmal als zentrales Frauen-KZ für ganz Deutschland.

SS-Gruppenführer und Inspekteur der Konzentrationslager Theodor Eicke erließ am 7. Juli 1938 den Befehl zum Abtransport der weiblichen Häftlinge aus Moringen zur Lichtenburg. SS-Sturmbannführer Alex Piorkowski wurde die Abwicklung im Schloß übertragen. Am 15. Dezember 1937 überführte die SS die ersten 200 weiblichen Gefangenen. Der Landrat von Torgau berichtete am 21. Dezember unter anderem: „Die Belegung des Lagers ist in diesen Tagen erfolgt. Es sollen vorläufig 600 Frauen untergebracht werden.“ Danach folgten weitere Transporte aus Moringen mit 150 Frauen am 21. Februar 1938 und mit 168 am 21. März 1938. Damit waren alle weiblichen Häftlinge aus dem Frauen-KZ Moringen nach der Lichtenburg übergeführt¹. Das Referat II D der Gestapo-Zentrale in der Prinz-Albrecht-Straße bestätigt das in einem Rundschreiben vom 29. März 1938. Auch in einem Telegramm an alle Staatspolizeidienststellen und -leitstellen des Reiches hieß es: „Nach Mitteilung des KL Moringen sind im Laufe der letzten Zeit, zuletzt am 21. März 1938, alle weiblichen Schutzhäftlinge in das KL Lichtenburg überführt worden. Ich ersuche daher, sämtliche Anfragen weibliche Schutzhäftlinge betreffend in Zukunft an das neue Lager zu richten.“ Am 26. November 1938 teilte SS-Gruppenführer Oswald Pohl, Verwaltungschef der SS, dem Reichsfinanzministerium mit, daß sich in dem Frauen-KZ Lichtenburg 800 Insassen befänden. Es werde jedoch künftig 1.500 aufnehmen müssen. Bis Ende 1938 wurden dann dorthin noch weitere 677 Frauen verschleppt, im Januar/Februar 1939 über 100 und im März/April mehr als 120. Allerdings wurde die von Pohl in Aussicht gestellte Höchstbelegung des Frauen-KZ durch vorgenommene Entlassungen von Häftlingen nicht erreicht.

In Vorbereitung des zweiten Weltkrieges forcierten

die Nazis ihre Bemühungen um den Aufbau eines noch größeren Konzentrationslagers für weibliche Häftlinge. Nach der Anlage der großflächigen Männerlager Dachau (bestand seit 1933), Sachsenhausen (1936) und Buchenwald (1937) wurde seit 1938 mit dem Bau eines weiteren neuen Lagers bei Fürstenberg an der Havel begonnen. Am 2. Mai 1939 teilte die Gestapo-Zentrale allen ihren Dienststellen mit, daß ab 15. des Monats die Verlegung des FKL von der Lichtenburg nach Ravensbrück erfolge. Die sich noch in Haft befindlichen 867 weiblichen Gefangenen, darunter sieben Österreicherinnen, trafen am 18. Mai in Ravensbrück ein. Damit hatte das Frauen-KZ in der Lichtenburg aufgehört zu bestehen.

Später, 1941 bis 1945, war in der „Lichte“ noch ein Häftlings-Arbeitskommando aus dem KZ Sachsenhausen in dem sich hier befindlichen SS-Bekleidungs- und SS-Totenkopfeinheit eingesetzt.

Von den weiblichen Häftlingen in der Lichtenburg waren zwischen 14 und 18 Prozent wegen ihres politischen Widerstandes gegen die Nazidiktatur eingekerkert. Vorwiegend gehörten sie der Kommunistischen Partei, aber auch der Sozialdemokratischen Partei oder den von beiden Parteien abgesplitterten Gruppierungen an. Sie vor allem waren die Stütze der unter den Häftlingen sich entwickelnden Solidarität. Andere weibliche Gefangenen waren als Angehörige der Bibelforscher und als rassisch verfolgt eingesperrt worden. Einen großen Teil bezeichnete die SS als „Asozial“ und „Kriminelle“.

Ab dem 1. Februar 1938 fungierte SS-Standartenführer Günther Tomaschke als Lagerdirektor. 1. Schutzhaftlagerführer war zunächst SS-Sturmbannführer Alex Piorkowski, am 1. September 1939 ausgetauscht mit dem aus Dachau kommenden SS-Hauptsturmführer Max Koegel. Ende 1939 gehörten zur Lagerkommandantur 19 SS-Männer. Hinzu kamen etwa 120 Mann Bewachung. Die von der SS angestellten und uniformierten Wärterinnen, anfangs waren es 26, waren über Presseanzeigen als Aufseherinnen für „verwahrloste Frauen“ angeworben worden. Die gesundheitliche Betreuung erfolgte durch einen Arzt im Range eines SS-Obergruppenführers und vier Krankenschwestern.

Nach 1945 diente die Lichtenburg zuerst als Reparaturwerkstatt für landwirtschaftliche Maschinen, als Erfassungsstelle für landwirtschaftliche Produkte, später als Verwaltungssitz einer Landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaft und als Lehrlingswohnheim. Dank der Initiative von ehemaligen Häftlingen beider Konzentrationslager und durch die ideelle und finanzielle



Förderung durch die Bezirksleitung der SED und den Rat des Bezirkes Cottbus wurde am 8. Mai 1965 auf dem Schloßgelände die museal gestaltete antifaschistische Mahn- und Gedenkstätte Lichtenburg eröffnet. Die Dauerausstellung war zunächst im Westflügel des Schlosses untergebracht. Hier befand sich im Erdgeschoß seit Bestehen des Zuchthauses der Zellentrakt und während der KZ-Zeit der berühmte Bunker. Die fortschreitende Restaurierung des Schlosses – seit 1974 auch Heimstatt des Museums des Kreises Jessen – ermöglichte 1977/78 die Mahn- und Gedenkstätte zu erweitern. Drei ehemalige Häftlingsschlafsäle im 1. Obergeschoß des Mittelflügels waren nun für Ausstellungszwecke verfügbar. Hierin wurde am 9. September 1978, dem Tag der Opfer des Faschismus, die neue ständige Exposition mit drei Themenkomplexen der Öffentlichkeit übergeben:

1. Die Lichtenburg als Zwingburg der Reaktion 1912-1928 (92qm); 2. Die Lichtenburg als frühes KZ 1933-1937 (79qm); 3. Die Lichtenburg als Frauen-KZ 1937-1939 (84qm). Im ehemaligen Bunker konnten mehrere Zellen, die SS-Wachstube und der Stehbunker in ihrem ursprünglichen Zustand wiederhergerichtet werden. Zeitgenössische Kunst – ein Bronzerelief und eine Plastikgruppe – ergänzen das Umfeld der Mahn- und Gedenkstätte. Es gibt einen Vortrags- und Kinoraum. Angeboten wird Besuchergruppen ein Dia-Ton-Vortrag über die KZ-Lager. Die Gedenkstätte hat jährlich zwischen 10.000 und 14.000 Besucher, mit absinkender Tendenz seit 1986.

1967 erschien die erste größere Abhandlung zur Geschichte des KZ's auf Schloß Lichtenburg. Inzwischen liegt eine umfangreiche Untersuchung sowie weitere Literatur vor. Die Mahn- und Gedenkstätte ist dem Kreismuseum als ein eigenständiger Bereich angeschlossen.

Die Mahn- und Gedenkstätte ist zu erreichen über die F 87 (Abzweig Zwethen) oder F 187 (Abfahrt Jessen oder Schweinitz). Anschrift: Mahn- und Gedenkstätte Lichtenburg, DDR 7908 Prettin/Elbe.

Bisher erschienene Literatur: K. Lorenz/S. Neumann: Lichtenburg – einst Folterkammer der Reaktion – heute Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus, Cottbus 1967; H. Maur/R. Schiese: Mahn- und Gedenkstätte Lichtenburg; Prettin/Elbe; herausgegeben vom Kreismuseum Jessen 1977; H. Maur: Antifaschistische Mahn- und Gedenkstätte Lichtenburg. Herausgegeben vom Kreismuseum Jessen 1981; E. Kuhn/C. Rummert: Mahn- und Gedenkstätte Lichtenburg, Herausgegeben vom Kreismuseum Jessen 1982; K. Drobisch: Konzentrationslager im Schloß Lichtenburg, Cottbus 1987.

¹die bei K. Drobisch auf S. 65 genannten Zahlen – belegt auf der Grundlage von archivalischen Quellen – weichen erheblich von denen in der Broschüre „KZ Moringen. Männerlager, Frauenlager, Jugendschutzlager. Eine Dokumentation. Göttingen, 1982, S. 25“ ab.

Entnommen Tag Monat Jahr Zeit 29. März 1938 10		Raum für Eingangsstempel Befehl: ... 29. MRZ. 1938		Befürdert Tag Monat Jahr J. an durch	
von SCHU durch		ID 1369		Verfügrungsbezeichnung	
Telegramm – Funkpruch – Fernschreiben – Fernspruch					
+ BERLIN NUE 71 219 29.3.1938 1515 - - AN ALLE STAATSPOLIZEILEITSTELLEN UND ALLE STAATSPOLIZEISTELLEN -- NACH MITTEILUNG DES KL. MORINGEN SIND IM LAUFE DER LETZTEN ZEIT, ZULETZT AM 21. MÄRZ 1938, ALLE WEIBLICHEN SCHUTZHAFTLINGE IN DAS KL. LICHTENBURG UEBERFUEHRT WORDEN. ICH ERSUCHE DAHER, SAENTLICHEN ANFRAGE WEIBLICHE SCHUTZHAFTLINGE BETREFFEND IN ZUKUNFT AN DAS NEUE LAGER ZU RICHTEN					
GESTAPA BERLIN ROEM. 21D - ALLG. NR. 37300+					



Gedenkhalle Schloß Oberhausen

Im Schloß Oberhausen besteht eine Dauerausstellung „Verfolgung und Widerstand während der NS-Diktatur“.

Die Ausstellung befaßt sich mit den Ursachen bzw. der Entstehung des Faschismus und seinen Auswirkungen. Sie beginnt mit dem Ende der Weimarer Republik: Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die wirtschaftliche und soziale Situation in Oberhausen.

Anhand der Herrschaftsinstrumente Demagogie und Terror als wichtigste Instrumente der NS-Diktatur sollen die Mechanismen der Machtergreifung verdeutlicht werden.

Darüber hinaus werden anhand konkreter Beispiele und Einzelschicksale die Folgen der verbrecherischen NS-Innen- und Außenpolitik für die Oberhausener Bürgerinnen und Bürger und die Stadt dargestellt (Leidensweg des jüdischen Bevölkerungsteils, aus politischen und religiösen Gründen Verfolgte, Kriegseinwirkungen). Zentrale Bedeutung wird dem antifaschistischen Widerstand beigemessen, der an konkreten Personen nachvollziehbar festgemacht wird.

Durch die parallele Darstellung pro- und antifaschistisch eingestellter Bevölkerungsteile wird die tiefe Polarisierung sichtbar, die wiederum die Bedingungen und die Ausprägung von Widerstand und Widerstandsfähigkeit deutlich werden läßt.

Grundsätzlich handelt es sich bei der Darstellung und Schilderung der Lebensgeschichte einzelner Oberhausener Bürgerinnen und Bürger um eine *exemplarische Vorgehensweise*, die zugunsten des Beispiels auf Vollständigkeit verzichten muß. Die Ausstellung gliedert sich in fünf Blöcke:

1. Ursachen und Entstehung des Faschismus
2. Machtergreifung in Oberhausen
3. Antifaschistischer Widerstand und Opposition
4. Judenverfolgung
5. Krieg und Kriegsauswirkungen.

Die Ausstellung ist Di – So von 10 – 18 Uhr (Do – 20 Uhr) geöffnet. Für Auskünfte und zur Verabredung von Führungen steht Frau Burke (Tel: 825-2723) zur Verfügung.

Potsdamer Asyl für Deserteursdenkmal

THZ 16.8.89

Transportkosten ab Bonn werden aber nicht übernommen

Berlin (taz) — Das umstrittene Bonner „Denkmal für den unbekannten Deserteur“ wird, wie die Stadtverordnetenversammlung von Potsdam gestern beschlossen hat, vorläufig in der Garnisonsstadt aufgestellt. Das vom türkischen Künstler Mehmet Akzoy geschaffene Denkmal soll schon ab 2. September in Potsdam Asyl finden. Am 1. September — dem Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen und Antikriegstag — wird das Denkmal in West-Berlin zu sehen sein.

Der 12 Tonnen schwere Marmorblock erhält nun erstmals einen festen Platz. Um das Denkmal für die etwa 16.000 von den Nazis ermordeten „Wehrkraftzersetzer“ und „Fahnenflüchtigen“ hatte es seit 1989 heftigen Streit in der Noch-Hauptstadt Bonn gegeben. Der Bonner Oberbürgermeister Daniels hatte die Aufstellung des Mahnmals mehrfach verhindert. Das Verwaltungsgericht und das Obergericht hatten sich mit der Angelegenheit befassen müssen. Behelfsweise wurde das Denk-

mal schließlich auf einen Tieflader gehoben und am 1. September 89 in der Bonner Innenstadt enthüllt. Bis heute durfte es nicht auf städtischem Gelände aufgestellt werden. Das Denkmal fand nach der Enthüllung zunächst in der Evangelischen Studentengemeinde Asyl und später vor dem Tagungshaus der Grünen.

Der gestrige Antrag der Fraktionen BI Argus und Neues Forum in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung sieht vor, das Denkmal zunächst sechs Monate im Potsdamer Stadtzentrum aufzustellen. Die Stadt wird dies erlauben, die entstehenden Kosten jedoch nicht tragen. Wie die Initiatoren der Aktion — der „Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer der DDR“ und das „Bonner Friedensplenum“ — mitteilten, soll danach ein eigenes Potsdamer Deserteursdenkmal geschaffen werden.

Ebenfalls gestern beschloß die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung die Aberkennung der Ehrenbürgerrechte von Adolf Hitler und Hermann Göring. kotte



Helsa - „Gastarbeiter“ während des zweiten Weltkrieges

Helsa: Gastarbeiter während des zweiten Weltkrieges

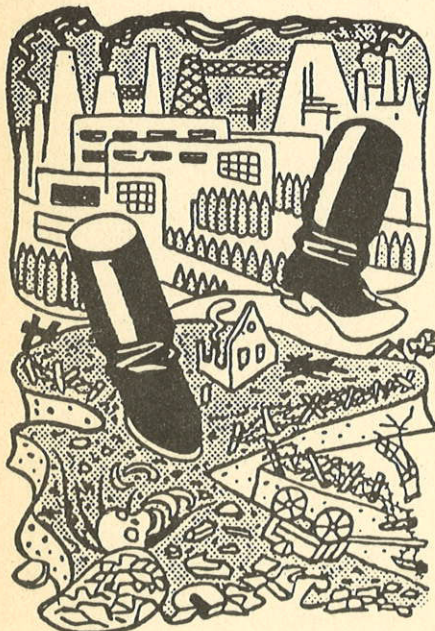
von Thomas Lutz

In Helsa, einer kleinen Gemeinde im Nordhessischen wurde am 18. August ein „Europaplatz“ als Zeichen der Partnerschaft eingeweiht. Anwesend waren neben Honoratioren und Besuchern aus der lokalen Umgebung auch Gäste aus dem Ausland, vorwiegend den Niederlanden.

In dem Gemeinde-Mitteilungsblatt von Helsa vom 9. August wurde ein kurzer Abriß über die Geschichte des Platzes veröffentlicht. Das Gelände des heutigen „Europaplatzes“ gehörte einer Weberei, zur Nutzung wurde erwähnt:

„Während des Zweiten Weltkrieges wurde der Webereibetrieb in dem genannten Werk eingestellt und für Rüstungszwecke genutzt.Außerdem wurden dort Barackenunterkünfte geschaffen, die den Gastarbeitern/innen als Wohnsitz dienten. Diese Menschen waren, wie es hieß, vorwiegend aus der UdSSR und aus Polen. Sie arbeiteten größtenteils in der Fabrik, aber viele auch im Sprengstoffwerk Hirschhagen. Nach dem Krieg... Die für die Gastarbeiter errichteten Notunterkünfte wurden wieder abgerissen, nachdem die Frauen und Männer wieder in ihre Heimat zurückgekehrt waren.“

Da in Nordhessen und insbesondere zur Sprengstofffabrikation in Hirschhagen umfangreiche lokalgeschichtliche Forschungsarbeiten über den Einsatz von KZ-Häftlingen, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern vorliegen, fällt es schwer, dem Helsaer Heimatgeschichtsschreiber nur zu unterstellen, er habe es nicht besser gewußt.



Průmysl i orba vzkvétají.

Industrie und
Wirtschaft blühen

Grafik von
Josef Capek

Berlin - Lager der Verfolgten des Nationalsozialismus soll verbessert werden

Berlin – Lage der Verfolgten des Nationalsozialismus soll verbessert werden

Innensenator Erich Pätzold hat heute den Fraktionen von SPD und AL des Berliner Abgeordnetenhauses einen Gesetzentwurf zur Änderung des „Gesetzes über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassistisch oder religiös Verfolgten des Nationalsozialismus“ (PrVG) zur Verfügung gestellt, weil die Zeit für eine förmliche Senatseinbringung durch die bevorstehende Verkürzung der Wahlperiode des Abgeordnetenhauses zu knapp wird.

Die Koalitionsfraktionen können damit ihre in der vorherigen Wahlperiode gegenüber den Verfolgten gegebene Zusage einlösen, für entscheidende strukturelle Verbesserungen und den Wegfall langjähriger unerträglicher Hemmnisse zu sorgen.

Der Gesetzentwurf sieht neben einer redaktionellen Straffung des Gesetzes wegen inzwischen überflüssig gewordener Vorschriften im Einzelnen folgende Verbesserungen vor:

- Einbeziehung von Verfolgten in den Kreis der Berechtigten, die vor der Verfolgung weder die deutsche Staatsangehörigkeit hatten, sofern sie bei Inkrafttreten des Gesetzes ununterbrochen 15 Jahre im Lande Berlin wohnhaft sind;
- Erweiterung des Kreises der Berechtigten durch Schaffung von erleichterten Anerkennungstatbeständen;
- Erhöhung der Renten und Vereinfachung ihrer Berechnung durch Wegfall des Zulagensystems;
- Versorgung für Witwen/Witwer von Verfolgten, sofern die Ehe mindestens 5 Jahre bestanden hat;
- Bildung eines Beirats aus Vertretern der Verfolgtenverbände, der in grundsätzlichen Angelegenheiten des PrVG und in anzweifelbaren Ablehnungsfällen beraten soll.

Gegenwärtig erhalten rund 1.000 Verfolgte des Naziregimes eine Rente nach dem PrVG. Mit der Neufassung des Gesetzes werden rund 700 weitere Personen anspruchsberechtigt sein.

Der Senat hat in Übereinstimmung mit den Fraktionen von SPD und AL noch in den Haushaltsentwurf 1991 die jährlichen Kosten von rund zehn Millionen DM eingestellt.

(aus: Landespressedienst vom 16. August 1990)



**Gedenkstättenseminar
1.-4. November 1990 in
Hadamar:
Hadamar – Ort der Vernichtung
sogenannten „lebensunwerten
Lebens“ im NS-Regime und
Gedenkstätte heute**

Bereits im letzten Rundbrief (Nr. 37/Juli 1990) war das Programm abgedruckt. Herzlich möchte ich nochmals alle Interessierten bitten, sich bis spätestens 8. Oktober bei mir dafür anzumelden.

Juden in den Niederlanden

**Geschichte, Kultur und Verfolgung -
Alte Ängste vor einem neuen Deutsch-
land?**

Unter diesem Titel veranstaltet das IBB Dortmund vom 9.-11. November eine Studienreise nach Amsterdam. Interessenten wenden sich bitte an das IBB, um genaueres über das Programm in Amsterdam und die Kosten zu erfahren:

IBB, Hörder Neumarkt 3, 4600 Dortmund 30,
Tel.: 0231/416298.

LANDESWOHLFAHRTSVERBAND HESSEN
DER VERWALTUNGSAUSSCHUSS



Landeswohlfahrtsverband Hessen · Hauptverwaltung
Postfach 10 24 07 · 3500 Kassel

**Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste e.V.**

**Jebensstraße 1, 1000 Berlin 12
Telefon: (030) 31 02 61**

Einladung und Programm

Der Landeswohlfahrtsverband Hessen und die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. laden mit Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung zu einem Seminar für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Gedenkstätten/-Initiativen für die Opfer des NS-Regimes ein:

**Hadamar -
Ort der Vernichtung sogenannte "lebensunwerten Lebens"
im NS-Regime und Gedenkstätte heute**

Beginn: Donnerstag, den 1.11.90
Ende: Sonntag, den 4.11.90

Tagungsort: Gedenkstätte Hadamar, Mönchberg 8, 6253 Hadamar
Unterkunft: In Pensionen in Hadamar und der Umgebung

Leitung: Thomas Lutz, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste
Bettina Winter, Landeswohlfahrtsverband Hessen

**Teilnehmer-
Beiträge:** 60.- DM (ermäßigt: 30,- DM)



Ausstellungen

Die jüdische Emigration aus Deutschland 1933-1941

Die Geschichte einer Austreibung;
Eine Ausstellung der Deutschen Bibliothek unter
Mitwirkung des Leo Baeck Institutes, New York.
Die Ausstellung ist vom 18. Oktober 1990 – Ende
November 1990 in der Mahn- und Gedenkstätte
Düsseldorf, Mühlenstraße 29, 4000 Düsseldorf.

Stützen der Erinnerung

„Denkmäler der DDR in Ost-Berlin“ in der NGBK

„Flach legen und aus ihm das schönste Plissoir Frankreichs machen“, schlug Paul Eluard 1933 für den Pariser Triumphbogen vor anlässlich einer „Experimentellen Forschung über bestimmte Möglichkeiten der Irrationalen Verschönerung einer Stadt“. Anhand einer Liste von 31 Pariser Wahrzeichen und Denkmälern ging der „Surrealisme au service de la revolution“ der Frage nach, solle man sie „erhalten, verlegen, verändern, umgestalten oder abreißen“. Tristan Tzaras Idee, den Turm St. Jacques „abzureißen und aus Gummi neu aufzubauen“, läßt sich unschwer auf die Bronzestatuen aus der Gattung „Ideenträger des Sozialismus“ oder „sozialistisches Leitbild“ übertragen. Statt surrealistisch wäre die Vorstellung einer solchen Denkmals-„Transformation“ heute allerdings eher postmodern.

„Erhalten, zerstören, verändern“ lautet auch der Titel der Ausstellung von fünf Kunstgeschichtsstudenten aus Ost- und West-Berlin, unter der Schirmherrschaft des Aktiven Museums e. V., das sich bereits für die Erhaltung des Mauerstücks neben dem Gelände von „Topographie des Terrors“ einsetzt, und der NGBK. Zusammen mit einem Fotografen wurden über 70 Objekte erfaßt, katalogisiert, auf historische und inhaltliche Daten recherchiert und dokumentiert. Sehr reichhaltig. Vor allem, da sich das für uns als ein Ensemble aus Bildungslücken darstellt. Die Ausstellung plädiert für die Erhaltung, notfalls auch den Schutz der „Geschichtszeugnisse“ vor Vandalismus. Die Gedenkstätten, -steine, -tafeln, -stelen, die Antifa-Monumente, der lesende Arbeiter und die Ehrenmale werden als „Ideologiegeschichtliche Quellen“ behandelt und nicht nach ästhetischen Kriterien bewertet.

Der Umgang mit der politischen Plastik im öffentlichen Raum ist keine Geschmackssache, vielmehr eine der historischen Moral. Doch auch die ist ja bekanntlich von sozialen Bedingungen abhängig. Tatsächlich wurden bereits mehrere Schilder entfernt, die an markante ideologische Vorstellungswerte der DDR erinnerten; über die geplante Umbenennung von über 150 Ost-Berliner Straßen gelstern Gerüchte herum. Eine Kreuzberger Initiativgruppe engagiert sich für die Zurückbenennung der Frankfurter Allee in Stallnallee. Im Gegenzug wurde die Forderung laut, die verkehrsberuhigte Havelchaussee in Vaclav-Havel-Chaussee umzutaufen.

Durch die „Entnationalisierung“ des vormals zentralistisch organisierten Denkmalamtes gehen die Werke vielerorts in die Obhut des jeweiligen Bezirks über; beispielsweise ist das Gartenbauamt des Bezirks Prenzlauer Berg für die Entfernung der Textstellen am Ernst-

Thälmann-Denkmal verantwortlich — auf Rat des Stadtbezirks, wobei der Eigentümer im Grunde der Magistrat von Berlin ist. Im Chaos der Kompetenzauflösungen in fast allen gesellschaftlichen Produktions- und Dienstleistungsbetrieben überblickt keiner so recht die Zuständigkeiten. Trotz dieser Anmutung eines rechtsfreien Raumes blieb der Bildersturm in der DDR bislang aus. Der abdankende Staat hat seine Machtembleme ordentlich demontiert, zusammengelegt und in der Aktentasche versteckt.

Was geblieben ist an Mahnmalen, soll nicht Gleichgültigkeit anheimschicken, sondern bewahrt, notfalls sogar musealisiert werden. In seinem Vortrag zur Ausstellungseröffnung wies der Kunstgeschichtsprofessor Mittig darauf hin, die Zeichen monumentaler Propaganda nicht als „Trost“ für irregeleitete Linke zu vereinnahmen, vielmehr sie als „Warnung“ zu begreifen vor den Konsequenzen einer repressiv gehandhabten Utopie. Vor dieser neuerlichen Funktionalisierung der DDR-Denkmäler müssen das dümmliche Pathos und die Lächerlichkeit des verordneten Neuen Menschenbildes allerdings zur Unwichtigkeit schrumpfen.

Erhalten! Soviel ist mittlerweile jedoch schon Common sense. „Haben wir jetzt, wo die Karre im Dreck steckt, nichts anderes zu tun?“ fragte der Gießereileiter Manfred Wermuth in der „Neuen Berliner Illustrierten“ vom 10. August — die Gießerei hatte 1986 den 50 Tonnen schweren Bronzschädel von Thälmann errichtet — und fügt hinzu: „Wenn wir die ganzen Dinger wieder abreißen müssen, haben wir wenigstens noch zwei Jahre Arbeit.“ Natürlich kommt auch der Vorschlag, die Denkmäler zu „begrünen“ — von einem DDR-Künstler.

Literaturhinweise

Dokumentation der Anne-Frank-Wochen in Dortmund November/Dezember 1989;

Hans-Georg Wicke/Heike Hamer (Hg.); Dortmund, Mai 1990; zu beziehen über: Internationales Bildungs- und Begegnungswerk e.V., Hörder Neumarkt 3, 4600 Dortmund 30.

Einer Leihgabe des Museums für Deutsche Geschichte ist allerdings die überzeugendste Variation zur popularistischen Aneignung der Denkmäler geschuldet: Der sowjetische Soldat, der ein deutsches Baby rettete und dabei selbst starb, der das Sowjetische Ehrenmal im Trepptower Park krönt, ist als blütenweiße Porzellanfigur im Tischmaßstab repräsentiert. Solche Transformation ins Triviale hätte auch den Surrealisten gefallen. Weil in deren Katalog zur Verbesserung des öffentlichen Raumes auch die Kategorie der „Verlegung“ auftaucht, sei hier der Denkmälertausch einmal vorgeschlagen: Die „Darmverschlingung“ (Volksmund) aus Chromnickelstahl, ein Geschenk der Deutschen Bank an die Berliner, möge mit dem Marx-Engels-Forum ausgetauscht werden. Das Primat des Ökonomischen hätte auf dem Mittelstreifen des Tauentzien-Boulevards sicherlich anschaulichere Legitimation und das Kalte-Kriegs-Mahnmal von Matschinsky-Denninghoff desgleichen umgekehrt auf dem Alexanderplatz. Das 19 Meter hohe Lenin-Monument gegen die Siegesssäule, der Katamaran vom Kreuzberger Oranienplatz gegen die geballte Faust des Denkmals für die Opfer der Kopenicker Blutwoche am Köpenicker Innenstad-Gewässer und so fort.

Wenn nicht der Standort der Denkmäler verändert werden kann, so doch wenigstens derjenige des Betrachters. Eine Anregung zur „Anstrengung des Begriffs“ liefert die Ausstellung allemal.

Sabine Vogel
(Tempelhofer Ufer 22, bis 7. September; Montag bis Freitag 10-17 Uhr, Sonnabend und Sonntag 13-17 Uhr. Katalog in Arbeit. Dokumentation 12 DM)

Stütze der Erinnerung

Eine Besprechung des Tagesspiegels vom 14. August weist auf diese von der NGBK und dem Aktiven Museum hergestellte Ausstellung „Erhalten – Zerstören – Verändern? Denkmäler der DDR in Ost-Berlin – Eine dokumentarische Ausstellung“ hin. Ein Katalog mit vielen Abbildungen ist in Vorbereitung und kann höchst wahrscheinlich ab Ende September bestellt werden bei: Aktives Museum, Köthener Str. 44, 1000 Berlin 61. Der Preis wird bei etwa 10 DM liegen.



IDEEN

FÜR ANTIFASCHISTISCHE UND ANTIRASSISTISCHE ARBEIT

IDEEN

VIERTELJAHRESSCHRIFT

In der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, dem Umbruch in Osteuropa und der Formierung Westeuropas zur "Wirtschaftsfestung" werden grundlegende Umbruchprozesse sichtbar, die sich auf die Lebensbedingungen der Menschen - auch weit über Europa hinaus - auswirken. Im Sinne einer sozialen und humanen Zukunftsgestaltung gibt es die Hoffnung, daß sich Chancen ergeben für das ernsthafte Angehen der globalen Probleme. Die Entwicklungen beinhalten aber auch Gefahren, wie sie im stärker aufkommenden Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus sichtbar werden.

Einer solchen Entwicklungslinie muß entgegen gewirkt werden. Hierzu muß nicht erst die historische Erfahrung bemüht werden. Dennoch, der herkömmliche Antifaschismus ist weitgehend diskreditiert. Der bisherige paternalistische Antirassismus wird den Interessen der Migranten ebenfalls nicht gerecht.

Ein Antifaschismus, der die Augen offen behält und zugleich sich mit dem zeitgenössischen Denken erneuert, bleibt auch nach dem "Ende der Nachkriegszeit" eine zentrale Aufgabe für alle bewußten Demokraten.

Zu einer wirksamen antifaschistischen und anti-

rassistischen Arbeit wird daher immer auch gehören, ein "neues Denken" zu entfalten, das die Alternative einer befreiten Gesellschaft, die die globalen Probleme der Menschheit solidarisch löst, wieder greifbar macht. Notwendig ist daher eine intensive Diskussion über Ziele, Inhalte und Formen antifaschistischer und antirassistischer Arbeit.

Das neue Zeitungsprojekt IDEEN will dazu beitragen, daß diese Aufgabe wirksam wahrgenommen werden kann, die Entwicklung einer erneuerten Konzeption antifaschistischer und antirassistischer Arbeit, die sich als soziale Bewegung in dem sich bildenden "neuen Deutschland" tatsächlich entwickeln und zu einer wirksamen Praxis führen kann.

Dabei suchen wir den Dialog mit allen, die in diesen Bereichen in Initiativen, gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen arbeiten, und zwar in beiden deutschen Staaten und ganz Europa. IDEEN ist damit die erste Zeitschrift, die sich im gesamtdeutschen und europäischen Rahmen mit den Fragen des Antifaschismus und Antirassismus beschäftigt.

Informationsaustausch, praktische Modelle, Analysen und Ansätze für ein "neues Denken" werden die Schwerpunkte sein.

Redaktion:

Ulla Gorges (verantw.), Kurt Faller, Reinhard Hahn, Heinz Itzkowiak, Yilmaz Karahasan, Martin Stadelmaier, Arif Ünal, Susanne Willems, Frieder O. Wolf, Sabine Wolff.

Es arbeiten mit:

Günter Burckhardt, Rudolf Dohrmann, Klaus Dörre, Bernt Engelmann, Gerd Greune, Volker Homburg, Mechthild Jansen, Arno Klönne, Jörg Meyer, Reiner Moitz, Patrick Moreau, Ralf-Erik Posselt, José del Pozo, Claudia Roth, Graeme Atkinson (Redakteur des antifaschistischen britischen Magazins "Searchlight")

Redaktions-Anschrift:

Türkisches Volkshaus Frankfurt, Baseler Platz 6, 6000 Frankfurt/Main 1
Tel.: Susanne Willems, 0221 / 248780

Druck und Vertrieb:

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Buch- und Mediendienst, Hauptstraße 2, 3308 Beienrode/Königsutter, Tel.: 05353 / 8817

Einzelheft 6.- DM; Jahresabonnement 20.- DM; Förderabonnemen: 50.- DM.

Kto.-Nr.: 600 1572 Öko-Bank Frankfurt (BLZ 500 901 00)

Ich möchte "IDEEN" kennenlernen

Schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar. Ich habe 14 Tage Zeit, um "IDEEN" in aller Ruhe kennenzulernen. Wenn ich mich nicht bei der Redaktion melde, erhalte ich danach die "IDEEN" für antifaschistische und antirassistische Arbeit" viermal im Jahr im Abonnement.

Vier Ausgaben kosten dann nur DM 20.-, statt DM 24.- im Einzelkauf. Um die Arbeit von "IDEEN" zu unterstützen, gibt es ein Förderabonnement für DM 50.-.

Im Inland frei Haus - für Lieferung in das europäische Ausland wird zusätzlich ein Portoanteil von DM 8.- berechnet.

Das Abonnement gilt zunächst für ein Jahr und verlängert sich um ein weiteres Jahr, falls es nicht sechs Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Bitte liefern Sie die "IDEEN für antifaschistische und antirassistische Arbeit" als

- ☐ Probeexemplar
☐ Jahresabonnement für 20.- DM
☐ Förderabonnement für 50.- DM

(Vorname, Name)

(Straße, Nr.)

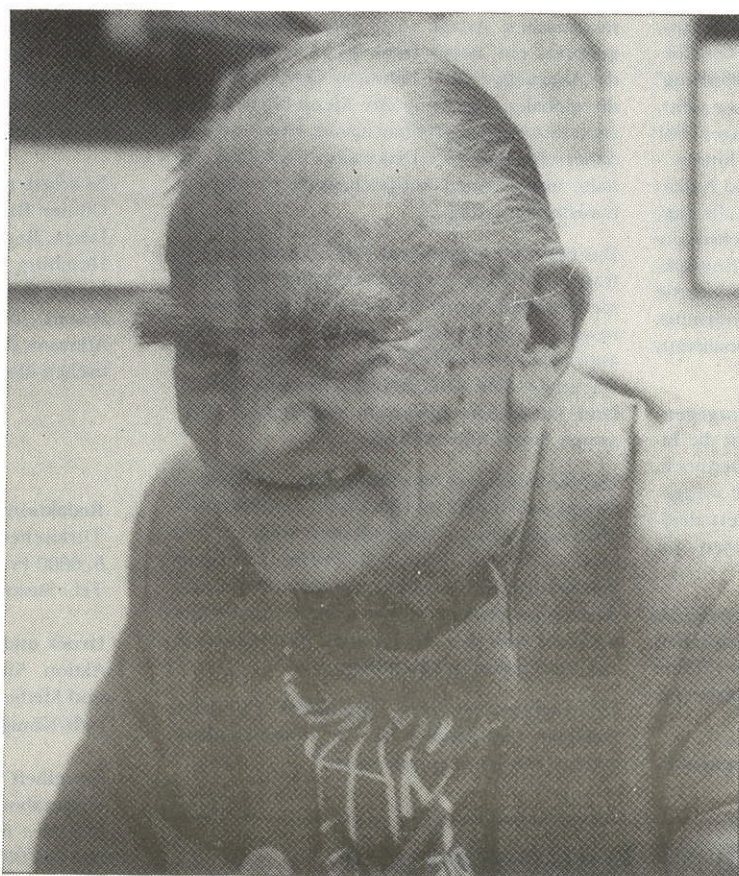
(PLZ, Ort)

Zahlung nach Erhalt der Rechnung



Bruder Scharf

1902 bis 1990



**Ein Christ –
sanft, kraftvoll und
unbeirrbar im Glauben**

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste

Neu! Bruder Scharf – Ein Christ-sanft, kraftvoll und unbeirrbar im Glauben
96 Seiten, Großformat mit vielen Abbildungen, Bestell Nr. 7622, DM 7,80

Bestellungen an: ASF, Hauptstraße 2, 3308 Königslutter-Beienrode